

GR Harry Pogner

18.10.2018

## **Z U S A T Z A N T R A G**

Betr.: Dringlicher Antrag der FPÖ betreffend „Niederschwelliger Zugang zu direktdemokratischen Entscheidungsprozessen“, eingebracht von KO Mag. Armin Sippel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Exakt 881.569 Österreicherinnen und Österreicher haben kürzlich beim „Don't Smoke“-Volksbegehren ein eindrucksvolles Votum für ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie gesetzt. Auch wenn die Bundesregierung ab dem Jahr 2021 in Aussicht stellt, Volksbegehren mit einer Mindestbeteiligung von 900.000 Unterschriften einer verpflichtenden Volksabstimmung zuzuführen, sind wir der Ansicht, dass die Zeit bis dahin nicht ungenutzt verstreichen darf. Dem besonderen Schutz der Nichtraucher – in allen anderen europäischen Ländern längst gelebte Praxis – fühlen auch wir uns verpflichtet und daher sollte selbigem auch hierzulande oberste Priorität eingeräumt und parteipolitische Interessen, insbesondere wenn sie Fragen der Gesundheit unserer Bevölkerung betreffen, hintangestellt werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

### **Zusatzantrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionswege an die österreichische Bundesregierung und an den österreichischen Nationalrat heran, das Ergebnis des „Don't Smoke“-Volksbegehrens zum Anlass zu nehmen, die Bürgerbeteiligung in Österreich umgehend auszubauen und eine Volksabstimmung zum generellen Rauchverbot in der Gastronomie im gesetzlich vorgegebenen Rahmen durchzuführen.